

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Annab. Druckvertrieb: Annab. Nr. 23.

Nr. 152

Freitag, den 1. Juli 1932

27. Jahrgang

Deutschlands Forderung: Revision von Versailles!

Lausanne weiter erfolglos

Lausanne, 29. Juni. Über den Verlauf der heutigen Sitzung der sechs Mächte wurde ein Komunique ausgeben, das folgenden Inhalt hat: Die Delegationsführer der einladenden Mächte in Begleitung ihrer Kollegen trafen sich heute nachmittag im „Hotel de Chateau“ um 5 Uhr. Der Vorsitzende der Konferenz gab eine Darstellung der gegenwärtigen Arbeitslage der Konferenz, die veröffentlicht wird. Es wurde beschlossen, ein Büro einzusetzen, das aus dem Vorsitzenden und je einem Vertreter jeder der Delegationen der einladenden Mächte besteht zu dem Zweck, die gegenwärtige Lage der Reparationsfrage im Lichte der vorangegangenen Prüfung zu untersuchen. Das Büro wird einen Bericht mit Empfehlungen an die Delegationsführer der einladenden Mächte so schnell wie möglich abgeben.

Die Delegationsführer haben weiter die Handelsminister der einladenden Mächte gebeten, sich zusammenzusetzen, um gewisse Fragen zu prüfen, die mit dem zweiten Teil der Aufgaben der Lausanner Konferenz zusammenhängen, nämlich mit den Maßnahmen, die nötig sind, um die übrigen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu lösen, die für die gegenwärtige Weltwirtschaft verantwortlich sind oder sie verlängern können, um so eine größere Konferenz vorzubereiten, die diese Fragen in näher Zukunft zu behandeln haben wird. Der Vorsitzende wurde ermächtigt, einen Vertreter der W3B nach Lausanne einzuladen, wenn und sobald die technische Arbeit der Konferenz das notwendig machen sollte. Der Vorsitzende wurde ferner ermächtigt, wenn und sobald er es für nötig hält, die Beteiligung von Vertretern Ungarns und Bulgariens herbeizuführen.

Eine deutsche Richtigstellung

Lausanne, 29. Juni. Von deutscher Seite wird über den Verlauf der Verhandlungen erklärt: Die Darstellung, die die französische Presse über die gestrigen Verhandlungen der französischen, britischen und deutschen Delegation gibt, ist irreführend. Der tatsächliche Sachverhalt ist der folgende: Schon in seiner ersten Rede in der Plenarsitzung hat der Reichsfunktionär betont, daß es im Interesse normaler Wirtschaftsverhältnisse unumgänglich sei, mit dem System der Reparationen Schluss zu machen, und daß aus eben diesen Gründen eine wie immer geartete Schlusszahlung Deutschlands nicht in Frage kommen könne. Als in den privaten Besprechungen zwischen den Delegationsführern der englische Premierminister den Reichsfunktionär darauf hinwies, daß die Forderung einer Anzahl Delegationen auf die Zahlung einer Endentschädigung hinauslaufe, hat der Reichsfunktionär am 29. Juni Herrn MacDonald erklärt und auseinandergelegt, warum und weshalb Deutschland einer solchen Schlusszahlung nicht zustimmen könne.

In der gestern stattgefundenen Verhandlung zwischen der britischen, französischen und deutschen Delegation fragte MacDonald den Reichsfunktionär, ob er seinerseits nicht irgend etwas tun könne, um eine Endlösung herbeizuführen. Der Reichsfunktionär hat daraufhin ausgeführt:

Das Vertrauen der Welt könne nur wiederhergestellt werden, wenn die Siegermächte sich entschließen würden, die Diskrimination des Versailler Vertrages zu beseitigen. Wenn somit die Gleichberechtigung Deutschlands und die Sicherheit hergestellt werde, dann würde der Reichsfunktionär es für möglich halten, daß Deutschland an der allgemeinen Anstrengung zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft einen Anteil in Form eines Beitrages habe, der sichverhältnismäßig dem vollkommenen Wiederaufbau der wirtschaftlichen Gleichgewichts der Welt und in Deutschland zur Folge hat.

MacDonald über das bisherige Ergebnis

Lausanne, 29. Juni. In der heutigen Nachmittagssitzung gab MacDonald Kenntnis von den in den letzten eingelaufenen Stellungnahmen anderer Konferenzstaaten zu der fünf-Mächte-Erklärung über die Aussetzung der Reparationszahlungen während der Konferenzdauer und berichtete im einzelnen über den Verlauf der privaten Besprechungen zwischen Frankreich und Deutschland. Er wolle nicht mitteilen, daß eine vollständige Vereinbarung zustande gekommen sei, aber er glaube, daß eine gewisse Nebereinstimmung in einzelnen Punkten herbeigeführt sei, so in der Zugrundelegung des Kaiserlichen Vorschlags.

Seine Einstellung darüber, daß zur Vermehrung weiteren Unheils die schnelle Regelung der zwischenstaatlichen Schulden, Reparationen und Kriegsschulden den einzigen Schritt von dauernder Bedeutung für die Wiederherstellung des Vertrauens darstelle. In diesem Zusammenhang wies MacDonald auf die Gefahren für die deutsche Währung hin, wenn keine Verständigung erfolge und unterstrich die wirksamen Bemühungen der Reichsregierung zur Aufrechterhaltung dieser Bestrebungen. Die Konferenz von Lausanne müsse mit einem substantiellen Ergebnis enden, wobei er wieder auf die Zustimmung Amerikas als eine Notwendigkeit hinwies. Künstliche Transferoperationen müßten vermieden werden.

Reichsetat als Notverordnung

Berlin, 29. Juni. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, den Reichsetat für das laufende Etatsjahr durch Notverordnung zu verabschieden, da angesichts der parlamentarischen Lage eine ordnungsmäßige Erledigung des Etats aller Voraussicht nach noch Monate dauern würde, andererseits aber ein künftiges Verlängern des Notetats durchaus ungewünscht erscheint. Die Notverordnung wird wahrscheinlich noch heute im Laufe des Tages, spätestens morgen, vom Reichspräsidenten unterzeichnet werden.

Der Etat soll dann in geeigneter Form der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Etat schließt in Einnahmen und Ausgabe mit 8,2 Milliarden ab. Das bedeutet gegenüber dem vorjährigen Etat eine Minderung um 1,8 Milliarden und gegenüber dem Etat von 1930 eine solche von 3,7 Milliarden. Die 1,2 Milliarden setzen sich zusammen aus drei größeren Posten, die äußeren Kriegsschulden sind mit 400 Millionen, die Ränderüberweisungen auf Grund der Steuerentlastungen mit 200 Millionen und alle übrigen Reichsausgaben mit 600 Millionen geringen eingestellt. Die wesentlichen Postitionen des Etats sind dreifach: 700 Millionen für die Besoldung sämtlicher Reichsbediensteten einschließlich der Wehrmacht, 1,4 Milliarden für Renten und Pensionen, 145 Millionen äußere und 845 Millionen innere Kriegsschulden, rund 500 Millionen für die Sozialversicherung, 980 Millionen für die Arbeitslosenfürsorge, 940 Millionen für den Reichsschatz.

Preußen lehnt ab

„Vorwärts“ und „Kölnische Volkszeitung“ werden vorläufig nicht verboten

Berlin, 29. Juni. Obgleich die Entscheidung der preussischen Staatsregierung über das Ersuchen des Reiches um ein fünfjähriges Verbot der „Kölnischen Volkszeitung“ und des „Vorwärts“ noch nicht offiziell bekannt gegeben ist, steht nach Informationen von gut unterrichteter Seite schon jetzt fest, daß die preussische Staatsregierung nicht die Absicht hat, dem Ersuchen zu entsprechen. Innerhalb der Staatsregierung fanden heute nachmittag und heute abend Besprechungen statt, die dieser Frage galten. Danach wird Preußen nun dem Reich eine entsprechende Antwort übermitteln und das Ersuchen gleichzeitig mit der Darlegung des preussischen Standpunktes an den zuständigen Senat des Reichsgerichtes weiterleiten, der dann die Staatsrechtsentscheidung trifft.

Bayern und die neue Notverordnung

München, 29. Juni. In einer Besprechung der heute erlassenen Notverordnung der Reichsregierung erklärt die „Bayerische Staatszeitung“, daß alles, was bisher von der Reichsregierung in dieser Hinsicht bekannt gegeben wurde, gut und zweckmäßig gehalten wurde, vom Reichsfinanzministerium so bekannt gemacht worden sei, daß der politische Hintergrund klar zutage trete. Die neue Notverordnung sei und bleibe ein schwerer Eingriff in die Pressefreiheit gerade der Länder, die guten Willens sind. Sie öffne dem neuen ordentlichen politischen Gesandten alle Schranken. Ein schwerer Mangel sei auch die unvollständige Berücksichtigung des Zusammenhangs zwischen Reich und Ländern. Die „Bayerische Staatszeitung“ betont, daß die Reichsregierung mit ihrem Vorgehen

Kaiserliche Wapen und Herrschaft

Lausanne, 29. Juni. Reichsfunktionär v. Papen beabsichtigt, am Donnerstagabend in Begleitung von Ministerialdirektor v. Kaufmann für zwei bis drei Tage nach Berlin zurückzukehren. Nach den bisherigen Dispositionen sollen Herrlot und der Reichsfunktionär am Montagvormittag wieder nach Lausanne zurückkehren.

Die Arbeiten des „Büros“ der Lausanner Konferenz

London, 30. Juni. Eine nach Mitternacht eingegangene Reuter-Nachricht aus Lausanne besagt, daß das Büro der Konferenz, das abends unter Vorsitz MacDonalds zusammengetreten war, hat keine Entscheidung erreicht und sich um 1 Uhr früh auf 10 Uhr vormittags vertagt. In einer etwas später abgefassten Reuter-Nachricht heißt es: Einige wirkliche Fortschritte scheinen erzielt worden zu sein.

bedient sich einschließlich der außerordentlichen Schulden in Höhe von 490 Millionen, 190 Millionen Volkseinkommensteuern für die Ränder und eine Milliarde für die übrigen Reichsausgaben. Dazu kommen rund 1,8 Milliarden Ueberweisungen an die Ränder. Abgesehen von der Umschuldung sind die Steuerentlastungen zum Teil sehr erheblich herabgesetzt worden.

Die Umschuldung ist auf Grund der in der Notverordnung vorgesehenen Erhöhung mit rund 1,8 Milliarden, das sind 86 Prozent mehr als im Vorjahr, eingeteilt. Die Minderansätze bei den übrigen Steuern betragen: Einkommensteuer 21 Prozent, Körperschaftsteuer 60 Prozent, Erbschaftsteuer 57 Prozent (im vorigen Jahr 59,4, jetzt 140 Millionen), Vermögenssteuer 19 Prozent, Zehnersteuer 15 Prozent, Biersteuer 35 Prozent und die Einnahmen aus dem Spiritusmonopol 35 Prozent.

Die Reichsregierung ist sich, wie vom zuständigen Senat erklärt wird, voll und ganz darüber klar, daß der in dem vorliegenden Etat gefundene Ausgleich durchaus nicht als ein Dauerzustand angesehen werden kann, der allen Möglichkeiten des laufenden Etatsjahres gerecht wird. Einen besonderen Gesichtspunkt in dieser Hinsicht bilden selbstverständlich trotz ihres Minderansatzes die Steuerentlastungen und außerdem natürlich auch die erhöhte Schätzung der Umschuldung. Dazu kommt, daß die im Etat vorgesehene Garantiesumme für die Wirtschaft in Höhe von 90 Millionen möglicherweise nicht ausreichen wird.

men der Staatsautorität in Deutschland und ihres eigenen einen schweren Schlag versetzt. Bayern habe den ihm vom Reich aufgezwungenen politischen Konflikt bisher auf einer völlig einwandfreien Rechtsbasis durchgefochten, und es denke nicht daran, seiner Politik die absolut einwandfreie rechtliche Untermauerung zu entziehen.

Schwenkung in der französischen Abrüstungspolitik

Paris, 30. Juni. Der Lausanner Sonderberichterstatter des „Matin“ schreibt, er würde nicht überrascht sein, wenn heute oder morgen einige Blätter die Nachricht von einer französischen Kompensation in der Abrüstungsfrage veröffentlichen würden, durch die der Gleichberechtigung, wie Deutschland sie fordere, der Weg gebahnt werde. Davon sei gestern abend stark gesprochen worden. Auch der Außenminister des „Echo de Paris“ meldet aus Lausanne, daß angeblich die französische Abrüstungsdelegation ihre Einsichten insofern geändert habe, als sie jetzt Hoover's Vorschlag als Verhandlungsbasis annehme. In amerikanischen Kreisen erklärte man, daß Frankreich sich jetzt viel günstiger zu den amerikanischen Vorschlägen stelle. Man spricht sogar von einer völligen Schwenkung der französischen Regierung.

Zumulte im Räterathaus

Riel, 29. Juni. Vor dem Rathaus kam es zu einer Kundgebung von Frauen und Kindern der Arbeitlosen, die unter Führung einer kommunistischen Stadtkommission in das Rathaus eindrangen und gegen die gestrigen Unterdrückungsmaßnahmen protestierten. Da die Frauen und Kinder sehr bedächtig auftraten, wurde schließlich das Verbot der Kundgebungen herabgesetzt. Die große Kundgebung vor dem Rathaus wurde durch mehrere Hundert Arbeiter und Arbeiterinnen begleitet.